

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

des Abgeordneten Wendelin Mölzer
und weiterer Abgeordneter

betreffend **Deutsch-Klassen für Schüler ohne ausreichende Kenntnis der Unterrichtssprache**

eingebraucht in der 186. Sitzung des Nationalrates, XXV. GP, am 19. Juni 2017 im Zuge der Behandlung des Dringlichen Antrags betreffend die gescheiterte Bildungsreform der Kern-Kurz-Regierung: Verantwortungslose Machtpolitik und Parteitaktik auf dem Rücken unserer Kinder.

Der Standard titelte am 28. März 2017: „Jeder sechste Jugendliche hat Leseprobleme“. Weiters war zu lesen: „17 Prozent der Jugendlichen in Österreich haben nach acht Jahren Schule Probleme beim Lesen einfacher Texte. Besonders schlecht schneiden Schüler der NMS und Hauptschulen, mit niedrig gebildeten Eltern und mit Migrationshintergrund ab.“ (<http://derstandard.at/2000054965538/Jeder-sechste-Jugendliche-hat-Leseprobleme>, 19. Jun. 2017)

Die Bundesregierung hat in Ihrer Regierungsklausur im März 2015 (<https://www.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=58976>, 19. Jun. 2017) dazu Folgendes vereinbart:

- „Ziel ist, dass die Schülerinnen und Schüler über ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache verfügen, erst dann kann der Übertritt in das Regelschulsystem erfolgen.“
- Das System soll auf alle schulpflichtigen Schülerinnen und Schüler Anwendung finden.“

Die FPÖ fordert schon seit Jahren, dass Kinder vor dem Eintritt in das reguläre Schulwesen über ausreichende Kenntnisse der Unterrichtssprache verfügen müssen und bei Bedarf in eigenen Klassen so lange unterrichtet werden sollen, bis sie über diese Kenntnisse verfügen.

Zuletzt wurde im Zuge der Verhandlungen des „Bildungsreformpakets“ diese Forderung seitens der FPÖ als wesentliches Zustimmungskriterium genannt. Noch am 7. Juni meinte ÖVP-Obmann Sebastian Kurz in der ZIB2, dass er sich vorstellen könne, die FPÖ-Forderung nach „Deutsch-Klassen“ umzusetzen, und er keinesfalls bereit sei, die Forderung der Grünen nach mehr Gesamtschulen zu erfüllen.

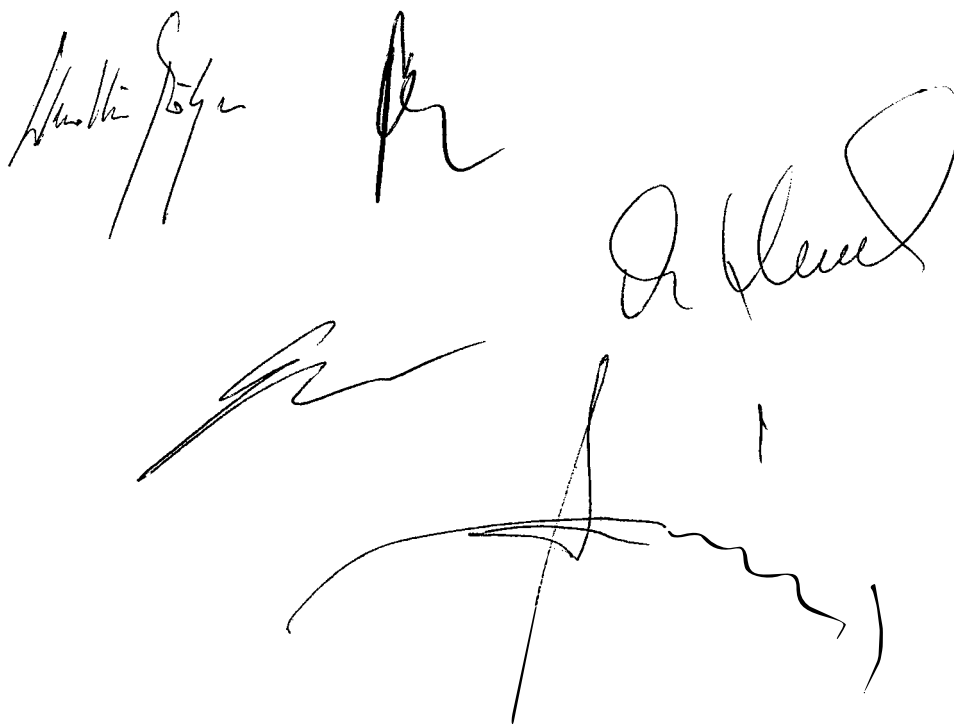
Tatsächlich wurde ab diesem Zeitpunkt nur mehr mit den Grünen verhandelt und die Tür Richtung Gesamtschule aufgemacht. Von „Deutsch vor Regelschuleintritt“ war seitens der ÖVP keine Rede mehr.

Daher stellen die unterzeichnenden Abgeordneten folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung und insbesondere die Bundesministerin für Bildung werden aufgefordert, die notwendigen Maßnahmen zu setzen, sodass Schüler mit mangelnder Kenntnis der Unterrichtssprache in eigenen Klassen solange unterrichtet werden, bis sie über ausreichende Kenntnisse der Unterrichtssprache Deutsch verfügen.“

The block contains five handwritten signatures in black ink. The signatures are arranged in two rows: three in the top row and two in the bottom row. The signatures are stylized and vary in complexity, with some featuring loops and others being more linear.

19/6

